WINTER 2023

# Spreekurier

ZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI TREPTOW-KÖPENICK

Foto: Adobe Stock/Matt

# Die Macht in Ohnmacht stärken

## Krisen und Kriege lassen die Zahlen geflüchteter Menschen ansteigen

**Von Oliver Igel**
Bezirksbürgermeister
Treptow-Köpenick

„Irgendwann nach 2015 gab es eine Phase, in der die Leute im Bekanntenkreis anfingen, aufeinander loszugehen. Willkommenskultur schlug in Problembewusstsein um, Problembewusstsein in Überfremdungsangst. Gleichzeitig wirkte der Rassismusverdacht wie ein Gift, das ein Gespräch über Seenotrettung binnen Sekunden in einen eskalierenden Streit verwandeln konnte. Langjährige Freundschaften wurden zu Feindschaften, weil der eine etwas gesagt hatte, was der andere nicht ertrug“, so beschreibt es die Schriftstellerin Juli Zeh in ihrem Roman „Über Menschen“. Das Leben ist kein Roman, aber wie so häufig steckt in Büchern viel Wahrheit.

Unser Land ist seit Jahrzehnten erfahren darin, geflüchtete Menschen aufzunehmen. Als sie um 2015 herum aus dem syrischen Bürgerkrieg zu uns kamen, erinnerte kaum jemand daran, dass Turnhallen schon Anfang der neunziger Jahre mit Kriegsflüchtlingen aus dem früheren Jugoslawien belegt wurden. Die pure Not, Menschen unterzubringen, zwang den Staat dazu. Niemand konnte die Augen schließen und sagen: Jetzt kommt einfach niemand mehr. Die Menschen waren und sind da.

Nachvollziehbar gab es immer wieder die Fragen: Wie schaffen wir das? Können wir das finanzieren – müssen wir selbst Abstriche machen? Aktuell können wir die Krisen und Kriege rund um Europa herum kaum erfassen – Ukraine, Israel, Afghanistan … – „Krieg“ ist inzwischen eine eigene offizielle statistische Größe. Mehr als 20 werden damit weltweit gezählt.

Unser Wunsch nach Frieden wird in Deutschland gleich mehrdeutig geprägt: Natürlich wollen wir Frieden in unserem Land. Wir wollen auch, dass Konflikte nicht in unser Land getragen werden – vor allem wollen wir möglichst nichts mit den Kriegen der Welt zu tun haben. Und wir lernen schmerzlich, dass wir uns dem nicht entziehen können. Wir spüren mit den enorm gestiegenen Energiepreisen und weiteren Kosten sogar im eigenen Geldbeutel jeden Konflikt. Derzeit steigt wieder die Zahl der Menschen, die aus anderen Ländern in unserer Stadt eine Unterkunft suchen. Und damit steigt auch die beschriebene Stimmung der Verunsicherung: Mit der steigenden Belastung des Staates durch die Inflation steigt die Sorge der Menschen.

### REALITÄTEN ANERKENNEN

Wenn wir heute über die Integration von Menschen reden, dann geht es darum, Realitäten anzuerkennen. Die Menschen kommen und bleiben. In diesen Monaten habe ich als Bezirksbürgermeister die ersten ehemaligen syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge eingebürgert. Sieben Jahre und länger mussten sie darauf warten. Sie haben ihre Staatsbürgerschaft aufgegeben, sie wollten Deutsche werden. Voraussetzung dafür sind nicht nur Sprachkenntnis und Wissen, sondern auch, dass sie mit fester Arbeit ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Sie bringen mitunter mehr mit als andere.

*Jenseits von Turnhallen: Im Altglienicker Hassoweg wurde erstmals eine Wohnanlage neu gebaut, in der gemischt sowohl Flüchtlinge als auch andere Wohnungssuchende eine Neubauwohnung bekommen können.*

*Foto: Oliver Igel*

Ärzte schließen zeitweise ihre Praxen, weil sie keine Arzthelfer mehr haben. Wir warten monatelang auf Handwerkertermine, weil keine Arbeitskräfte mehr da sind. Wenn wir in Gaststätten von niemandem oder von Robotern bedient werden, dann wird es Zeit, die Angst über Bord zu werfen, Ausländerinnen und Ausländer könnten uns unsere Jobs wegnehmen. So war das Denken noch in den neunziger Jahren – entsprechend wurden Restriktionen zu Arbeitsaufnahmen verschärft. Es ist richtig, dass jetzt die Möglichkeiten, einer Arbeit nachzugehen, gelockert werden. Aber wir brauchen auch mehr Sprach- und Integrationskurse. Es ist eine Verschwendung von Lebenszeit, wenn geflüchtete Menschen tatenlos in Unterkünften herumsitzen. Jeder einzelne, der zu uns kommt, hat das Recht dazu, dass seine individuellen Chancen genutzt werden – und dass diese gefordert werden. Wir haben in unserem Land die Möglichkeit, Schutz zu bieten, aber wir dürfen dabei etwas verlangen – nämlich uns zu unterstützen. Umgekehrt heißt das klar: Wer uns nicht unterstützt, wer uns sogar schadet, der erhält keine Perspektive bei uns.

Dabei müssen wir als Staat besser werden: Das beginnt damit, dass alle Verwaltungsverfahren kürzer werden müssen. Die Behörden müssen gestärkt werden und schneller arbeiten – ja auch bei schwierigen Entscheidungen. Und unser Staat muss mit mehr Bildungskursen den Menschen eine Perspektive geben.

### JEDEN EINZELNEN ALS CHANCE BETRACHTEN

Wenn wir als Bezirk Integrations-Feste feiern, wenn wir Tage der offenen Türen in Flüchtlingsunterkünften begehen, wenn wir Netzwerke zur Unterstützung von Flüchtlingen bilden – dann tun wir das nicht allein für die Menschen, die neu in unser Land gekommen sind oder für die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen. Wir tun es für unseren Staat, von dem wir wissen, dass wir nicht mehr allein unseren Wohlstand erarbeiten können. Bisher ist Deutschland nach jeder Kriegs- und Flüchtlingssituation gestärkt hervorgegangen: nach dem Zweiten Weltkrieg, nach 1990 und auch nach 2015 bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges. Mit gutem Willen wird das wieder gelingen. Dabei müssen wir weniger mit Vorurteilen ringen, sondern machen und jeden Einzelnen als Chance für uns betrachten. Wir sind eben keine Zuschauer, die ohnmächtig die Situation erfassen – wir müssen etwas daraus machen, was unserem Land nutzt.

# VIELFALT, SOLIDARITÄT, DEMOKRATIE

Foto: SPD Treptow-Köpenick

**Liebe Leserinnen und Leser!**

Jeden Tag engagieren sich Berlinerinnen und Berliner für das soziale Berlin, das solidarische Miteinander, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in dieser Stadt und für Treptow-Köpenick. Auch die SPD Treptow-Köpenick engagiert sich für vielfältige Kieze, für das solidarische Berlin und ein demokratisches Deutschland.

Es ist uns wichtig, für Sie da zu sein mit Angeboten und Aktionen auf bezirklicher Ebene, im Berliner Abgeordnetenhaus und im Deutschen Bundestag; wir kümmern uns um Ihre Anliegen und tragen Ihre Anregungen in die Politik.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate – wirtschaftliche Unsicherheit, Angriffe auf die Demokratie, der Krieg in Europa – bewegen Sie und uns. Diskutieren Sie mit uns über Ihre Kiezthemen oder die große Weltpolitik – Demokratie lebt vom Austausch.

Nutzen Sie die weihnachtliche Zeit und den Jahreswechsel, um mit unseren Mitgliedern und Mandatsträger*innen ins Gespräch zu kommen: ob am Gartenzaun, bei einer weihnachtlichen Lesung, bei einer Bürgersprechstunde oder einem Kiezrundgang. Kommen wir gemeinsam und demokratisch in das neue Jahr!

Ihre SPD Treptow-Köpenick

**Ellen Haußdörfer &**
**Christopher Jäschke**
Kreisvorsitzende

**Im Netz:**
**https://www.spd-treptow-koepenick.de**

**Per E-Mail:**
**kreis.treptow-koepenick@spd.de**

**Vor Ort:**
**SPD Treptow Köpenick**
**Bürgerbüro · Grünauer Str. 14**
**12557 Berlin**

## ES KOMMT ZURÜCK

**Voraussichtlich ab April 2024 kommt das 29-Euro-Ticket AB zurück. So entlastet die SPD weiterhin die Berliner*innen und setzt Anreize, dauerhaft auf den ÖPNV umzusteigen.**

Auch das 9-Euro-Sozialticket bleibt für Empfänger*innen von Sozialleistungen erhalten! Pendler*innen aus und nach Berlin profitieren weiter vom 49-Euro-Ticket.

Wo die Preise durch die Berliner Landespolitik beeinflussbar sind, ist die Stadt günstig oder gar kostenfrei: Kitabetreuung, Grundschul-Mittagessen, Lernmittel Klassen 1 bis 6 und Hortbetreuung bis Klasse 3. Und unter 15-Jährige fahren umsonst im ÖPNV. **LD**

## SICHER MIT SIRENEN

**Die Installation von Sirenen in Treptow-Köpenick steht kurz vor dem Start. Mit ihnen soll die Bevölkerung besser vor Gefahren gewarnt werden.**

Der Bund hatte ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt, die Berliner Feuerwehr hat es zusammen mit dem Bezirksamt umgesetzt. Um flächendeckend Sirenen installieren zu können, wurden eine Vielzahl an Schulen ausgewählt.

Das ist ein gutes Projekt für den Bevölkerungsschutz. Nach Abschluss der Installation werden alle über die genauen Standorte und die Bedeutung der Signal informiert. **OI**

IMPRESSUM

**Spreekurier**
**Zeitung der Sozialdemokratischen Partei in Treptow-Köpenick**

SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzende Ellen Haußdörfer und Christopher Jäschke (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 14, 12557 Berlin

Redaktion: Martin Sprenger
kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzende
Irina Vogel &Paul Bahlmann (V.i.S.d.P.),
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Redaktion: Dr. Ursula Walker

Beiträge von: Josefine Brandt, Paul Bahlmann, Lars Düsterhöft (LD), Alexander Freier-Winterwerb (AF), Peter Groos, Ellen Haußdörfer, Edwin Hoffmann, Rainer Hölmer, Oliver Igel (OI), Christopher Jäschke, Hilke Meyer, Steffen Sambill, Manuel Tyx (MT),Ana-Maria Trăsnea, Dunja Wolff (DW)

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

# Der Neue im Berliner Abgeordnetenhaus

Alexander Freier-Winterwerb

**Seit Mitte des Jahres vertritt Alexander Freier-Winterwerb die Menschen in Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg und Teilen von Nieder- und Oberschöneweide im Berliner Abgeordnetenhaus. Sein Versprechen ist, stets präsent zu sein, ansprechbar und offen für alle Anliegen und Ideen. Dabei ist es ihm wichtig, Projekte vor Ort zu unterstützen und aktiv mitzugestalten. Zuhören ist ihm wichtig, auch und vor allem in schwierigen Zeiten.**

*Alexander Freier-Winterwerb* Foto: Privat

Mit den Themen Schule und Jugend ist er seit vielen Jahren eng verknüpft. Bereits als junger Bezirksverordneter hat er für Demokratie und gegen Rassismus an Schulen und im Alltag gekämpft. Als ehemaliger SPD-Fraktionsvorsitzender der BVV-Treptow-Köpenick und als ehemaliger Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit in seinem Bezirk weiß er aber auch, wie wichtig es ist, auf allen politischen Ebenen unterstützt zu werden, auch mit: Geld.

Heute sieht er sich als jugend- und familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion den Themen der zukunftsbestimmenden Generation verpflichtet. Als Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und auch als Mitglied des Hauptausschusses stellt er als treibende Kraft die Ideen der Generation von Morgen in den Mittelpunkt der Haushaltsverhandlungen von heute.

Ideen sind wichtig. Herzblut vor allem. Menschen mit Engagement, mit Mut, mit Wissen und mit Können. Strukturen braucht es, Möglichkeiten, Machbarkeiten und: Geld.

Er ist begeistert und sehr beeindruckt von all dem, was es an Institutionen, Projekten, Initiativen, an Umsetzungen so vieler wichtiger Aktivitäten gibt: in Berlin, in Treptow-Köpenick, im Wahlkreis. Für die vielen Einladungen und Begegnungen mit verschiedensten Initiativen und Trägern ist er sehr dankbar. Er ist sich aber auch bewusst darüber, dass es an vielen Stellen viel mehr Möglichkeiten gäbe, gäbe es mehr: Geld.

Während der Haushaltsverhandlungen wurde bereits viel erreicht. Das FEZ zum Beispiel, ein leuchtendes Beispiel für Kinder- und Jugendförderung im Bezirk, bekommt nach den Haushaltsberatungen nun mehr Landesmittel. Auch für das JukuZ (Jugend- und Kulturzentrum, vor allen für queere Jugendliche) in Alt Treptow und das Projekt der Zirkustherapie „Alegria“ für seelisch erkrankte Kinder, beheimatet im ohnehin schon für Kinder und Jugendliche beeindruckend agierenden Cabuwazi in Alt Treptow, konnte die SPD-Fraktion Unterstützung erarbeiten, auch mit: Geld.

Geld und Engagement – ein gutes Gespann für die Menschen in unserem Bezirk.

**AF**

# Spritzige Politik: Sozialer Wassertourismus

SPD setzt sich bei den Haushaltsberatungen für eine sozial ausgewogenen Tourismus-Stärkung in Berlin ein

**Was wäre Berlin ohne Wasser? Und was wären Flüsse und Seen ohne Wassersport? Noch vor gar nicht so langer Zeit erregten die Petition „Sicherheit auf den Berliner Wasserstraßen zurückgewinnen“ und eine Wasserdemo in Treptow-Köpenick Aufmerksamkeit. Es wurde dabei eine Lösung folgender Problematik gefordert: Fehlende Qualifikation oder fehlende Rücksicht von motorisiertem Wassersport gefährdet durch Wellenschlag oder gefährliche Manöver den unmotorisierten Wassersport. Hier soll eine ausgewogene Lösung gefunden werden.**

Wassertourismus spielt eine große Rolle für Berlin. Daher hat habe ich mich in den laufenden Haushaltsberatungen ganz besonders für ein Wassertourismuskonzept stark gemacht. Damit ein solches Konzept nicht nur erstellt, sondern auch die Umsetzung erfolgen kann, sind die Mittel von 400.000 Euro zusätzlich eingestellt worden. Mit den Geldern soll perspektivisch der Bestand der touristischen Angebote in Ufernähe oder zu Wasser gestärkt werden. Dazu zählt etwa eine bessere Vermarktung, die Einbindung in landeseigene Wasserkarten, Apps und Webseiten. Auch werden die Berliner Ufer noch stadtverträglicher und nachhaltiger genutzt werden können – ein Gewinn für Anwohnende, Vereine und Gewerbe, Gäste und Natur. Ziel ist es, rasch ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln. Beteiligt werden bei der Entwicklung des Wassertourismuskonzepts die Bezirke, Nutzende und gesellschaftliche Akteure. Kurz: Die Verkehrsfunktion wird bewahrt, der Tourismus gefördert, die Umwelt geschützt.

Damit zeigt sich: In Haushaltsberatungen arbeitet Politik an konkreten Lösungen. Das Wassertourismuskonzept ist ein gutes Beispiel dafür.

Neben dem Wassertourismuskonzept wird auch überlegt und geprüft, die Führerscheinpflicht sachgerecht zu aktualisieren und ab 5 PS Motorleistung umzusetzen. So kann sichergestellt werden, dass mehr Wassersportler*innen geschult sind. Mehr Rücksicht auf dem Wasser stärkt nicht nur den (Wasser-)Tourismus. Auch Jugendarbeit oder Wettbewerbsvorbereitungen werden so unterstützt. Berliner Gewässer sollen für alle Nutzungsarten attraktiv sein.

Das Miteinander auf dem Wasser wird sozialer! Dagegen kann niemand etwas einwenden!

**Dunja Wolff, MdA**

# Demonstration für mehr Sicherheit

Seit 2016 kümmere ich mich als Wahlkreisabgeordneter um eine Verbesserung der Querungsmöglichkeiten „An der Wuhlheide“

**Die Straße trennt das Wohngebiet Oberschöneweide von dem Naherholungsgebiet Wuhlheide. Die Straße ist breit, es gilt Tempo 50 und in der Regel sind alle Parkplätze belegt. Bereits 2009 und erneut 2014 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick, dass an der Ecke Firlstraße /An der Wuhlheide eine Bedarfsampel errichtet werden soll. Die Antwort der Senatsverwaltung auf diesen Beschluss lautete: Kein Bedarf.**

In drei schriftlichen Anfragen habe ich die Situation an den Ecken Firlstraße, Rathenaustraße und Steffelbauerstraße immer wieder thematisiert. Denn an allen Ecken gibt es für Fußgänger*innen wie Autofahrer*innen ein Problem: Abhängig von den parkenden Fahrzeugen kann der fließende Verkehr nur sehr schwer und spät gesehen werden. Heikle Situationen sind an der Tagesordnung.

Doch die Reaktionen der zuständigen Senatsverwaltung waren immer gleich: Kein Bedarf. Selbst als ich an den drei Ecken Gehwegvorstreckungen sowie Halteverbote forderte, war die Antwort: Kein Bedarf.

Deshalb lud ich am 28. September 2023 zu einer Demonstration. Rund 100 Anwohnende beteiligten sich und zeigten, dass diese Probleme nicht nur von mir als

*Anwohnende bei der Demo am 28. September 2023.* Foto: Lars Düsterhöft

Abgeordnetem gesehen werden. Anstatt das Anliegen ernst zu nehmen, teilte die Senatsverwaltung auf Anfrage der RBB-Abendschau mit, dass die Senatsverwaltung nicht einmal zuständig sei. Zudem hätten die Beschlüsse und Anfragen nicht dazu geführt, dass das Thema in der Verwaltung bekannt sei!.

Für mich ist diese Missachtung von Bezirksverordneten wie auch meines Mandats unfassbar. Die Bezirksverordneten der SPD werden nun einen neuen Antrag ins Bezirksparlament einbringen.

**Lars Düsterhöft**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Aufstellen für das soziale Berlin

Haushaltsberatungen legen nachhaltige Grundlagen für die nächsten zwei Jahre

**Von Ellen Haußdörfer**
Kreisvorsitzende der SPD TK

*Wohnungen, Schulen, Nahverkehr: Gerade in unsicheren Zeiten gilt es, in die Zukunft zu investieren.* Foto: Adobe Stock/Friedberg

**Alle zwei Jahre stellen die Bezirke und das Berliner Abgeordnetenhaus einen Haushalt auf, der die Zusage für Finanzierungen des täglichen Lebens, Investitionen in die Wirtschaft und die soziale Infrastruktur bedeutet. Nachdem der Haushalt für die Jahre 2022 und 2023 im Zeichen der Krise stand – der Angriffskrieg auf die Ukraine lag damals nur vier Wochen zurück – steht nun die Konsolidierung des Haushalts im Vordergrund und das notwendige Setzen von Prioritäten.**

Die Bewältigung der Corona-Pandemie und die sichere Begleitung durch den wirtschaftlich herausfordernden Winter 2022/23 durch die damalige Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey zeigen, dass es richtig war, in die soziale Infrastruktur und zeitgleich in nachhaltige Vorhaben für Berlin zu investieren. Deutliche Investitionsschwerpunkte sind der Bau von bezahlbaren Wohnungen und neuen Schulen, ein guter und günstiger öffentlicher Nahverkehr, eine lebenslange Bildung und mehr Sauberkeit sowie Sicherheit in Berlin und Treptow-Köpenick.

Es liegt kein Sparhaushalt vor, allerdings auch kein Wohlfühlhaushalt: Es ist ein Haushalt in unsicheren Zeiten, bedingt durch Corona, Krieg und Klimakrise. Auf diese Herausforderungen gibt es nur eine Antwort und diese lautet investieren, denn in der Krise spart man nicht. Mit einer angemessenen Verschuldung wollen wir die wirtschaftliche Entwicklung stimulieren, den Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern, das soziale Berlin erhalten und in die Zukunft investieren. Um uns der Klimakrise wirkungsvoll entgegenzustellen und uns sogleich unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen, wird ein Sondervermögen Klimaschutz aufgelegt. Es sieht Schwerpunkte der Investitionen in Gebäude und Quartiere, im Bereich der Energieerzeugung und -versorgung sowie in die Mobilität vor. Die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden sowie klimafreundliche Neubauten gehören ebenso dazu, wie die Unterstützung der Energie- und Wärmewende oder die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, der den Umstieg vom Auto auf Rad, Bus und Bahn erleichtert und so den Umgang mit Wetterextremen verbessert.

Jede Art von Investition muss aber von Fachkräften ausgeführt und begleitet werden. Schon jetzt merken wir alle, dass Fachkräfte an vielen Stellen fehlen: Angebote im öffentlichen Nahverkehr, der Arztpraxis, der Sozialberatung oder im Bürgeramt können nicht mehr in allen Bezirken im gleichen Ausmaß gewährleistet werden, weil Personal in der Wirtschaft, dem Öffentlichen Dienst oder beim Freien Träger fehlt. Hier heißt es weiterhin in Aus- und Weiterbildung, in gute Arbeits- und Lebensbedingungen zu investieren, um die Fachkräfte zu halten, neues Personal zu gewinnen und gute Grundlagen für die Stadt von morgen zu legen.

Angesichts der erhöhten Lebensausgaben, Mietentwicklung und komplexen Beratungen sehen sich soziale Einrichtungen und Beratungsstellen ebenfalls vor enormen Herausforderungen. Niedrigschwellige Unterstützungsangebote, die immer häufiger in Anspruch genommen werden, benötigen deshalb auch eine stabile Finanzierungsbasis, denn anders als Wirtschaftsunternehmen dürfen soziale Träger kaum Rücklagen bilden und schlechte Zeiten nicht abfedern.

Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen, vielfältige Kultur- und Sportangebote, Fachberatungsstellen wie Eltern- und Familien-, Schuldner- und Mieterberatung, Selbsthilfegruppen und weiterführende Hilfen zu Angeboten im Sozial-, Pflege- und Gesundheitssystem unterstützen die Berlinerinnen und Berliner.

Solidarität ist jedoch nicht nur in der Praxis gefragt, sondern muss auch finanzpolitisch garantiert werden. Deshalb wird in Lebenslagenberatung in den Kiezen, in Treptow-Köpenick investiert. Denn das ist das soziale Berlin: vielfältig, lebensnah, niedrigschwellig und vor Ort.

# Wenn die Miete zur Bedrohung wird

Bezirk und Land bieten Rat und Hilfe bei Betriebskostenabrechnungen und Energieschulden

**Viele von Ihnen haben schon die Betriebskostenabrechnung erhalten, andere warten noch auf diese. Es sind Fälle bekannt, in denen bis zu 1500 Euro Heizkosten nachgezahlt werden müssen. Ebenso gibt es Beispiele aus Treptow-Köpenick, in denen die Mieterinnen und Mieter durch eine erhöhte Vorauszahlung nun sogar ein Guthaben haben und die Miete im kommenden Jahr sinkt.**

Wichtig ist: Sie sind nicht allein mit Ihren Sorgen! Und Sie bekommen Rat und Hilfe, wenn Sie diese benötigen. In Treptow-Köpenick gibt es zwei kostenlose Beratungsstellen, bei denen Sie Ihre Abrechnung zur Prüfung vorlegen können:

**Rathaus Treptow**, Neue Krugallee 4: An jedem Dienstag, 11 bis 14 Uhr. Eine vorherige Terminvereinbarung ist notwendig. Die Beratungsstelle ist erreichbar unter 030-2934310.

**Bürgerhaus Altglienicke**, Ortolfstraße 125: An jedem 2. Donnerstag im Monat, 10 bis 12 Uhr – auch ohne Terminvereinbarung.

Wenn Sie Energieschulden haben, die zu einer Stromsperre führen, können Sie auch eine einmalige Zahlung aus dem **Berliner Härtefallfonds** beantragen. Informationen zur Antragstellung finden Sie hier: ***https://service.berlin.de/dienstleistung/331644/***

*Lars Düsterhöft ist seit September 2016 Abgeordneter für Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal.* Foto: Privat

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Landesunternehmen keine weiteren Preiserhöhungen durchführen dürfen. Hiervon ausgenommen sollen nur die Erhöhungen sein, die zwingend erforderlich sind und durch den Senat genehmigt wurden. Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Übergewinnsteuer. Im Zuge der Inflation haben einige Unternehmen enorm große Gewinne zulasten der Bürgerinnen und Bürger eingefahren. Das wollen wir nicht hinnehmen. **Lars Düsterhöft, MdA**

STRANDBAD AM MÜGGELSEE

# Mehr Unterstützung nötig

**Das Strandbad am Müggelsee wird seit 2021 saniert und soll fit für die Zukunft gemacht werden. Eine Zukunft, die zuletzt unsicher erschien. Denn: Statt einer Fertigstellung 2024 musste dem Rohbauunternehmen gekündigt werden.**

Die Neuausschreibung der Bauleistungen verzögert die Fertigstellung. Dadurch und durch die allgemeine Teuerung steigern sich die Baukosten von 12,5 Mio. um weitere rund 7 Mio. Euro. Hier sind Bezirk, Land und Bund gefragt. Denn anders als der Finanzsenator am 15. Juni 2023 mitteilt, „seitens des Bundes gibt es die Zusage, den Mehrbedarf zu 50 Prozent kofinanzieren“ (AGH-Plenarprotokoll 19/32 S. 2704), wurde dies auf schriftliche Frage von Dunja Wolff und Alexander Freier-Winterwerb im September 2023 wieder deutlich relativiert (AGH-Drucksache 19/16702 vom 8.9.2023).

Hier ist ein entschlossenes Handeln aller gefragt! Deshalb: Damit das Strandbad Müggelsee endlich fertig werden kann und die wichtigen zusätzlichen Maßnahmen für den sportlichen und touristischen Charakter gesichert sind, sind 5,5 Mio. Euro zusätzlich zu den vorgesehenen Mitteln in der Landesinvestitionsplanung in Höhe von 6,8 Mio. Euro, im Doppelhaushalt vorgesehen.

Nicht zuletzt die Pandemie hat den Wert dieses Bades hervorgehoben. Es ist eine lokale Größe für Sport und Kultur und hat weit über den Bezirk hinaus positive Wirkungen auf den Tourismus. Es ist eine Erholungsfläche für alle – und auch künftig soll kein Eintritt erhoben werden. Zudem wird durch die Sanierung ein Ganzjahresbetrieb möglich. Das ist sozial und bürgernah! Dunja Wolff: „Das Strandbad soll endlich wieder als Perle des Müggelsees erstrahlen! Und dann - nüscht wie raus an den Müggelsee!“

**DW**

JUKUZ

# Jung, bunt, kulturell

**Die offene Jugendkulturfreizeiteinrichtung „JuKuZ“ in Alt-Treptow zu haben, ist ein großer Gewinn für alle queeren Jugendlichen in Berlin. Das JuKuZ heißt junge Menschen zwischen 12 und 21 Jahren jeglicher sexuellen Orientierung und jeglicher Geschlechtsidentität herzlich willkommen. Hier bekommen sie einen Raum. Hier erfahren sie Wertschätzung.**

Das JuKuZ steht für kulturelle Bildung. Es gibt eine Werkstatt mit Platz für Reparaturen und Handwerk. Es gibt den Musikraum mit Instrumenten. Es gibt einen großen Veranstaltungssaal für Aufführungen. Es gibt einen Garten. Und es gibt die Menschen voller Ideen, die all das in ihren Herzen tragen und ermöglichen.

Beinahe wäre das JuKuZ bei den Haushaltsverhandlungen finanziell „unter die Räder“ gekommen. Das wäre ein zu großer Verlust gewesen. Deshalb war es völlig klar, dass um dieses Projekt gekämpft werden musste.

Nun steht fest: JuKuZ geht weiter. Die SPD hat sich durchgesetzt: Das Geld ist wieder in den Haushalt eingestellt und das JuKuZ wird auch in den kommenden beiden Jahren für Jugendliche aus Treptow-Köpenick und Berlin seine Türen öffnen. Das ist ein wichtiger Erfolg für alle! **AF**

# Ende der Toastbrot-Zeit: Kinder aus der Armut holen

Mit der Kindergrundsicherung wird die Kinderarmut in Deutschland bekämpft

**Von Ana-Maria Trăsnea**
Mitglied des Deutschen Bundestages, zuständig für den Wahlkreis Treptow-Köpenick

*Ana-Maria Trăsnea ist im Mai 2023 für die ausgeschiedene Abgeordnete Cansel Kiziltepe in den Bundestag nachgerückt.* Foto: Marina Juli

**Müsli zum Frühstück, ein Apfel in der Schulpause und abends eine Stulle mit Gemüsesticks. So eine ausgewogene Ernährung ist für viele Kinder in Deutschland unerreichbar. Am Ende des Monats reicht das Geld häufig nur noch für Toastbrot. Das liegt nicht etwa daran, dass es ihre Eltern nicht besser wissen. Die Regelsätze für Ernährung von Kindern in Grundsicherungssystemen reichen nicht aus.**

Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm. Was bedeutet das abseits der Ernährung? Arme Kinder haben weniger oder gar kein Geld für Sport- und Freizeitaktivitäten. Sie werden oft ausgegrenzt und diskriminiert, denn Armut ist sichtbar auf dem Schulhof. Außerdem schneiden sie in der Schule häufig schlechter ab, denn die soziale Herkunft hat einen Einfluss auf den Bildungserfolg.

Eine Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zeigt, dass Kinderarmut nicht automatisch zu Armut im Erwachsenenalter führt. Aber junge Erwachsene, die arm sind oder Armut erfahren haben, sind mit größeren Schwierigkeiten – etwa bei dem Abschluss der Ausbildung oder beim Einstieg in den Arbeitsmarkt – konfrontiert.

Das ist besorgniserregend, denn die Kinderarmut könnte weiter anwachsen. Familien stehen vor so großen Herausforderungen wie lange nicht. Erst brach die Corona-Welle mit den großen finanziellen Belastungen über uns hinein, dann die Energiepreiskrise mit der hohen Inflation.

Der Kampf gegen Kinderarmut ist deshalb für uns als SPD ein Hauptziel dieser Legislaturperiode. Zunächst haben wir das Kindergeld und den Kinderzuschlag auf jeweils 250 € erhöht, dann das Bürgergeld angehoben und die Qualität der Kinderbetreuung ausgebaut. Das war wichtig.

Am 27. September hat nun die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Kindergrundsicherung auf den Weg gebracht. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir Kinder besser vor Armut schützen und ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Zusätzlich wollen wir Familien von Bürokratie entlasten.

In der Wissenschaft spricht man vom sogenannten Präventionsdilemma: Dort, wo die Hilfe am meisten benötigt wird, kommt sie nicht an. Das trifft auch auf die finanzielle Unterstützung für Kinder und Familien zu. Viele Eltern wissen nicht, dass sie Anspruch auf Leistungen haben. Andere sind abgeschreckt von dem aufwändigen Antragsverfahren. Deshalb wollen wir familienpolitische Leistungen bündeln und sie leichter zugänglich machen.

Die geplante Kindergrundsicherung sieht vor, dass Kinder und Jugendliche einen einkommensunabhängigen Kindergarantiebetrag in Höhe der zurzeit 250 Euro bekommen. Er ersetzt das bisherige Kindergeld. Zusätzlich schaffen wir einen Kinderzusatzbetrag, der einkommensabhängig und nach Alter gestaffelt ist. Er führt den Kinderzuschlag und die Leistungen des Bürgergelds für Kinder und Jugendliche zusammen. Alle, die Anspruch auf den Kinderzusatzbetrag haben, erhalten auch weiterhin Leistungen für Bildung und Teilhabe. Diese Leistungen werden künftig teilweise vom Bund übernommen und alles soll einfach online beantragt werden können.

Jetzt beraten wir das Gesetz im Bundestag und binden, wo immer es geht, Verbände und die Zivilgesellschaft ein. Wir als SPD achten darauf, dass alle Familienleistungen – soweit möglich – automatisch ausgezahlt, einfach beantragt und gewährt werden können. Außerdem soll es nur noch eine zentrale Ansprechstelle für die Bearbeitung der Familienleistungen geben. Nicht zuletzt soll keine Familie Mehraufwand durch die Kindergrundsicherung haben oder finanziell schlechter gestellt werden als vor der Reform.

Mit der Kindergrundsicherung wollen wir erreichen, dass Kinder in unserem Land gesund und selbstbewusst aufwachsen können. Sie sollen alle Möglichkeiten erhalten, das Beste aus ihrem Leben zu machen.

# Gutes Leben in jedem Alter in ganz Berlin

Der Senat schafft mit einem bundesweit einmaligen Gesetzesvorhaben Grundlagen für eine aktive Altenhilfepolitik in Berlin

**Ungefähr ein Viertel aller Personen, die in Berlin leben, sind älter als 60 Jahre. Ein Großteil von ihnen wohnt selbstständig in einer Wohnung zur Miete und ist fit, aktiv und nimmt am gesellschaftlichen Leben teil. Ein Altenhilfestrukturgesetz soll nun in einem gemeinsamen Prozess mit Seniorenvertretungen die allgemeine Basis kommunaler Altenhilfe auf Grundlage des § 71 SGB XII in Form eines Landesgesetzes zur Pflichtaufgabe konkretisieren.**

Kommunale Altenhilfe, das sind beispielsweise die bezirklichen Kiezclubs, also offene Treffpunkte für Austausch, Veranstaltungsbesuch oder Kulturerlebnis, aber auch Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Auf Grundlage eines mehrjährigen Diskussionsprozesses, der Vorarbeiten des Landesseniorenbeirates, weiteren Fachgutachten und renommierter Expertise sowie der bezirklichen Beteiligung, startet nun der Dialog zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes, der die Leistungen für Seniorinnen und Senioren beschreiben und Mindeststandards formulieren soll. Denn der örtliche Sozialhilfeträger hat ein weites Ermessen zur Gestaltung, in welcher Form die Angebote gefördert oder selbst vorgehalten werden.

*Mit einem Landesgesetz sollen Mindeststandards für die Altenhilfe in Berlin festgelegt werden.* Foto: Adobe Stock/goodluz

Als erstes Bundesland wird Berlin die Vorschrift nun in einem Landesgesetz zur Pflichtaufgabe erklären – ähnlich wie das Jugendfördergesetz Mindeststandards für die Kinder- und Jugendhilfe festgeschrieben hat. Es ist wichtig und bundesweit einmalig, die Grundlagen und Rahmenbedingungen für ein gutes Leben in jedem Alter auch für ältere Menschen fortzuschreiben und gemeinsam im Dialog Standards für altersangemessene Angebote und Teilhabemöglichkeiten zu etablieren.

**Ellen Haußdörfer**
Staatsekretärin für Gesundheit und Pflege

JUGEND- UND DEMOKRATIEARBEIT

# Miteinander fördern

**Prävention ist der beste Sparkurs. Jugend- und Demokratiearbeit schützen wir deshalb vor massiven Kürzungen.**

Der Deutsche Bundesjugendring und die Deutsche Sportjugend werden 2024 erneut mit zusätzlichen vier Millionen Euro aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert. Mit insgesamt ca. 36 Mio. Euro für Jugendverbandsarbeit arbeiten wir beharrlich weiter auf das Ziel hin, mittelfristig Kinder- und Jugendarbeit bedarfsgerecht auszustatten. Freiwilligenjahre prägen junge Menschen nachweislich positiv. Oft verinnerlichen sie dadurch demokratische Werte und werden für ein Beruf in den sozialen Sektor begeistert. Jugendliche, die in Deutschland eine neue Heimat finden, brauchen Begleitung beim Fußfassen vor Ort – die Jugendmigrationsdienste sind hierfür zentrale Säulen der Integration. Der Dialog zwischen den Generationen wiederum wird durch Angebote wie den Mehrgenerationshäusern gepflegt. Diese Angebote fördern das gesellschaftliche Miteinander und sind Motor für eine jugendgerechte Gesellschaft. Wir geben jenen sozialen Strukturen daher erst recht in der Krise finanzielle Sicherheit.

**Ana-Maria Trăsnea**
Mitglied des Deutschen Bundestages

ZIRKUS CABUWAZI

# Manege frei für Alegria

**Alegria, das ist das deutschlandweit erste Institut für Zirkustherapie. Beheimatet ist es im Zirkus Cabuwazi in Alt-Treptow. Nun wird es weiter gefördert – und das ist eine gute Nachricht.**

Das Zirkuszelt in der Bouchéstraße ist nicht übersehbar. Es ist so ein Ort, an dem du vorübergehst und lächeln musst. Ein magischer Ort: selbst in der Manege stehen, zusammen Zirkus machen, Spaß haben, Neues lernen, vom Alltag abgelenkt sein.

Etwas ganz Besonderes im Cabuwazi ist die Zirkustherapie Alegria. Britta Niehaus, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin, hat das Institut gegründet und leitet es mit enormer Kompetenz und Engagement, mit immer wieder neuen Ideen und mit tollen Mitarbeitern. Sie helfen seelisch erkrankten Kindern und Jugendlichen dabei, schwere Herausforderungen und Lebensereignisse zu bewältigen. Da diese Arbeit von unschätzbarem Wert ist und sie bestmöglich weitergeführt werden muss, hat die SPD-Fraktion verhandelt, dass dieses zirkustherapeutische Angebot nun mit 300.000 Euro pro Jahr gefördert wird. Das ist wichtig, damit verletzte Seelen von Kindern und Jugendlichen schnell heilen können.

**Alexander Freier-Winterwerb**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

*Alexander Freier-Winterwerb (2.v.l.) zu Besuch beim Alegria-Team.* Foto: Privat

# Ein Wahlergebnis und seine Folgen

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick nach der Wiederholungswahl

**Von Peter Groos**
Vorsteher der BVV Treptow-Köpenick

**Die Wiederholungswahl vom 12. Februar 2023 brachte für Treptow-Köpenick eine bedeutende Veränderung: Erstmals überhaupt lag die CDU mit 23,4 % und 14 Mandaten vor der SPD mit 22,4 % und 13 Mandaten. Die Linke verlor zwei ihrer 11 Sitze, die Grünen einen, während die AfD um ein Mandat zulegte. Ohne Fraktionsstatus sind nunmehr die FDP und weiterhin die Tierschutzpartei.**

*Der BVV-Saal im Rathaus Treptow*

Foto:SPD-Fraktion TK

Die CDU erhob direkt nach der Wahl sehr weitgehende Ansprüche, die sie bis heute aufrechterhält. Sie war und ist der Auffassung, dass sich ihr Wahlerfolg umfassend niederschlagen müsse, nicht nur in der veränderten Zusammensetzung der BVV und der Ausschüsse sowie in einem zweiten Stadtrat, der zugleich als stellvertretender Bürgermeister fungiert. Sie forderte für sich das Amt des Bezirksbürgermeisters und das des BVV-Vorstehers. Nicht wahrhaben wollte die CDU, dass für beide Ämter Mehrheiten in der BVV benötigt werden. Doch in beiden Fällen fehlten und fehlen ihr die Verbündeten, um ihre Ansprüche auch durchzusetzen. Es genügt nicht, eine Wahl mit relativer Mehrheit der Wählerstimmen zu gewinnen, die gewählten Abgeordneten, in unserem Fall die Bezirksverordneten von Treptow-Köpenick, müssen diese Mehrheiten bilden. In der BVV aber hat die CDU keine Partner für eine Mehrheit. Die seit 2021 bestehende Kooperation aus SPD, Linken und Grünen verlor zwar sechs ihrer 35 Mandate, verteidigte aber mit 29 Mandaten ihre BVV-Mehrheit.

### TIEFE GRÄBEN IN DER BVV

Die fehlende Anerkennung dieser Verhältnisse durch die CDU hat in der BVV tiefe Gräben aufgerissen. Gräben, die weiterhin bestehen, auch wenn eine gewisse Beruhigung der Gemüter eingetreten ist. Es ist gut denkbar, dass diese Gräben bis zum Ende der Wahlperiode 2026 bestehen bleiben werden, weil sie Teil der Kampagne sein sollen, mit der der Wahlkampf geführt werden soll: Die Wählerinnen und Wähler sollen glauben, der CDU sei 2023 in Treptow-Köpenick der verdiente Wahlsieg durch undemokratische Machenschaften und eine machtversessene SPD gestohlen worden, Bürgermeister und BVV-Vorsteher, beide SPD, seien unberechtigterweise weiter im Amt. Obwohl beide in Wahlen durch die neu zusammengesetzte BVV in ihren Ämtern bestätigt wurden, wird eisern behauptet, der Wählerwille sei missachtet worden. Aus Protest hat die CDU auch keine Kandidaten für den BVV-Vorstand nominiert. Wie gesagt, die Wähler sollen glauben, der CDU geschehe Unrecht auf breiter Front. Tatsächlich aber ist es die CDU, die nicht die Mehrheitsentscheidungen der BVV anerkennt und damit missachtet.

BVV-Vorsteher wird, wer die Mehrheit der BVV hinter sich versammelt. Seit den ersten Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen 1992 wurden in Treptow-Köpenick genauso oft BVV-Vorsteher gewählt, die nicht der größten Fraktion angehörten, übrigens auch solche, die die CDU stellte. Wer im Rathaus Treptow vor der Ahnentafel der Vorsteherinnen und Vorsteher steht, findet gleich drei Christdemokraten, obwohl die CDU erst in diesem Jahr, 2023, erstmals stärkste Fraktion wurde.

Für das Bezirksamt wurden zu den Wiederholungswahlen eigens neue gesetzliche Regelungen geschaffen, damit veränderte Wahlergebnisse auch veränderte Zusammensetzungen der Bezirksämter nach sich ziehen. Der CDU stand daher ein zweiter Stadtrat und die Position des stellvertretenden Bürgermeisters zu, die SPD büßte einen Stadtrat ein. Aber den Bürgermeister stellt, wer das Vertrauen der Mehrheit der Bezirksverordneten hat – und das war und ist der Kandidat der SPD, Bürgermeister Oliver Igel.

# Altglienicker Brücke

Neuer Anlauf für Ersatzneubau

*Die SPD Altglienicke hat sich mit dem Bundestagsabgeordneten Mathias Stein (3. v. l.) über die Altglienicker Brücke informiert.* Foto: Privat

**Seit Jahrzehnten ist die Altglienicker Brücke ein Ärgernis. Neben der außer Betrieb gesetzten historischen Brücke wird eine Behelfsbrücke für den Verkehr genutzt. Die Planung für einen Ersatz der alten Brücke wurde immer wieder nach hinten geschoben. Nachdem es vor der Wiederholungswahl zu einem Planungsstopp ge- kommen ist, geht es nun wieder voran mit den konkreten Überlegungen für einen Ersatzneubau.**

Die Brücke gehört zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes. Die SPD Altglienicke hatte deshalb den SPD-Bundestagsabgeordneten Mathias Stein zu einem Ortstermin eingeladen. Stein, selbst viele Jahre Mitarbeiter der WSV und in der SPD-Bundestagsfraktion Berichterstatter für die Wasserstraßen, konnte mit seiner Erfahrung wichtige Hinweise geben.

Die Planung für die Brücke kam nicht voran, weil der frühere Verkehrssenat die 2017 festgeschriebene Neubauplanung mit neuen Anforderungen versehen hat. Die Abweichungen waren so groß, dass das Bauvorhaben nicht mehr den Standards des Bundes entsprochen hätte – in dem Fall hätte das Land Berlin das Vorhaben übernehmen müssen und nur noch einen Kostenzuschuss des Bundes erhalten. „Die Übertragung des Bauvorhabens auf den Senat hätte eine jahrelange Verzögerung bedeutet. Die fertige Planung aus dem Jahr 2017 sah schon eine größere neue Brücke vor – dabei sollten wir bleiben“, sagt Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

Nach der Neuwahl des Senats wandte sich der Bezirksbürgermeister an die neue Verkehrssenatorin und bat um Überprüfung der Entscheidung. Und das hatte Erfolg: Der Senat teilte mit, dass der vorliegende Entwurf der Ausführungsplanung die weitere Grundlage für den Ersatzneubau bilden soll – also keine Neuplanung.

„Wir werden Bund und Land weiter in die Verantwortung nehmen und regelmäßig den weiteren Fortschritt beim Ersatzneubau der Altglienicker Brücke einfordern“, sagt der Co-Vorsitzende der SPD Altglienicke, Sascha Lucke. Und die Co-Vorsitzende Ellen Haußdörfer ergänzt: „Der Bundestagsabgeordnete Mathias Stein hatte Recht mit seiner Warnung, dass die neuen Anforderungen aus Berlin zu erheblichen Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen für das Land geführt hätten. Es ist daher gut, die alten Planungen wieder aufzugreifen.“

Die Behelfsbrücke zwischen Altglienicke und Adlershof verbindet den Dorfkern Altglienicke mit dem Ernst-Ruska-Ufer. Mit dem Bau des Teltowkanals wurde 1906 die ehemalige Oppenbrücke errichtet. Kurz vor Kriegsende 1945 wurde sie von Wehrmachtseinheiten gesprengt. Schon fünf Jahre später wurde die Brücke rekonstruiert. Jedoch stellte man bereits 1967 erhebliche Schäden fest, so dass die Altglienicker Brücke zeitweise gesperrt werden musste. 1995 wurde neben der alten Fachwerkskonstruktion eine Behelfsbrücke gebaut, die nur vorübergehend ihren Dienst tun sollte. **OI**

# Gesucht: Senatsmittel

Ohne Investitionen geht uns die Zukunft verloren

**Der Zeitplan zur Haushaltsaufstellung war eng. Die Krise der letzten Jahre hat Spuren hinterlassen. Es fehlt überall Geld. Als SPD-Fraktion haben wir konstruktiv mit allen demokratischen Parteien über den Haushalt beraten. Es ist uns gelungen, einen Kompromiss zwischen SPD, Linke, Grüne, CDU, FDP und Tierschutzpartei zu finden.**

Aber die Mittelzuweisungen des Senats schreiben nur den Status Quo fest – in Zeiten massiver Preissteigungen ist das ein Abbau von Leistungen. Sorgen bereiten dabei die freiwilligen Leistungen, z.B. die Kultur. Nach einem Brandbrief der Bezirksbürgermeister im Juni 2023 ruderte der Finanzsenator von seinem ursprünglichen Entwurf etwas zurück. Es gab 100 Millionen Euro mehr für die Bezirke.

Noch schwerer wiegen die mangelnden Senatszuweisungen für Investitionen. Der Bedarf ist enorm. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat für seine Investitionsplanung bis 2027 zwischen 25 und 40 Mio. Euro jährlich angefordert. Das sind jeweils ca. 20 Mio. Euro über der Senatszuweisung. Darunter sind viele notwendige Sanierungsvorhaben, 20 Schulen, Spielplätze, Jugendfreizeiteinrichtungen, Grünanlagen und vieles mehr. Die Senatsverwaltung hat diese Planung zusammengekürzt, auch Schulbaumaßnahmen gestrichen, z. B. die Sanierung der Grünen-Trift-Schule, der Mehrzweckhalle der Schule an der Wuhlheide, den Ausbau des Schulstandorts der Anna-Seghers-Schule.

Der Bezirk wird jede dieser Schulbaumaßnahmen einzeln auf Landesebene zur Genehmigung anmelden. Das kostet Zeit und damit Geld. Andere Projekte, wie die Sanierungen von Park und Jugendfreizeiteinrichtungen werden wahrscheinlich ganz ausfallen. Es ist paradox, bei Investitionen mit dem Argument zu sparen, man dürfe der jungen Generation keine Schulden vererben. Das verkennt, dass marode Schulen und kaputte Grünflächen Schulden sind.

Treptow-Köpenick wächst stark. Es werden Wohnungen gebaut, die erschwinglich sind. Aber das reicht nicht aus. Investitionen sorgen dafür, dass Wohnungsbau und Wachstum nicht nur für diejenigen ein Glück sind, die endlich eine bezahlbare Wohnung finden, sondern auch für diejenigen, die bereits im Bezirk wohnen.

Die bestehenden finanzpolitischen Rahmen von Bund und Land sind zukunftsfeindlich. Wer heute nicht investiert, verliert morgen den Anschluss. Investitionen sichern globale Wettbewerbsfähigkeit, Arbeits- und Ausbildungsplätze und schaffen wirtschaftliche Stabilität für Unternehmen. Insbesondere solche, die aufgrund der mauen Konjunktur in Schwierigkeiten geraten sind. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht die Schuldenbremse zur Investitionsbremse und zur Gefahr für soziale Sicherheit. Sie muss reformiert werden, um unseren Wohlstand zu sichern.

**Paul Bahlmann**
SPD-Fraktionsvorsitzender
BVV Treptow-Köpenick

# Für bessere Leistungen der Berliner Verwaltung

Neuer Bürgeramtsstandort in Treptow-Köpenick in Planung

**Von Oliver Igel**
Bezirksbürgermeister

**Ping Pong. So wird oft die Berliner Verwaltung beschrieben, in der sich Senat und Bezirke Verantwortlichkeiten gegenseitig hin- und herschieben. Die Bürgerinnen und Bürger sind längst davon genervt.**

Häufig hängt der gegenseitige Fingerzeig zwischen den Verwaltungen aber damit zusammen, dass schlicht zu wenig Ressourcen, vor allem Personal, da ist. Die Zuständigkeiten sind gesetzlich geregelt. Wenn eine Verwaltung davon nichts wissen will, lenkt das von anderen Problemen ab. Klar ist jedoch auch, dass die Bürgerinnen und Bürger längst nicht alle Verästelungen der Zuständigkeitsverteilung kennen müssen. Deshalb ist es richtig, dass mit einem neuen Gesetz über die Aufgabenverteilung der Berliner Verwaltung mehr Transparenz ermöglicht wird – die Berlinerinnen und Berliner wollen aber nicht in erster Linie wissen, wer versagt, sondern, dass die Verwaltung funktioniert.

Die Berliner Verwaltung, sowohl im Senat als auch in den Bezirken, hat mit der boomenden Stadt nicht Schritt gehalten. Immer mehr Menschen haben in Berlin einen Job gefunden, suchen eine Wohnung, Kita- und Schulplatz. Und dann warten sie Ewigkeiten auf einen Termin beim Bürgeramt. Das lässt sich nur mit mehr Personal lösen, solange die Digitalisierung uns nicht mehr abnimmt.

*Das Rathaus Köpenick soll nach der Sanierung Standort eines Bürgeramtes bleiben. Ein weiterer Standort wird gesucht.* Foto: Oliver Igel

Bei den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2024/2025 wurden in Treptow-Köpenick für das Bürgeramt acht neue Stellen geschaffen. Wir brauchen aber noch mehr Stellen. Im Bürgeramt kann man nie zu viele Stellen haben – denn was soll passieren?

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick befindet sich derzeit in Verhandlungen für einen dritten Bürgeramtsstandort, der entstehen soll, wenn das Bürgeramt nach der Sanierung des Rathauses Köpenick wieder an den alten Standort in der Altstadt zurückkehrt. Ein dritter Standort soll aber nur dann eröffnet werden, wenn genügend Personal verfügbar ist. Es geht darum, spürbar mehr Termine anbieten zu können. Dafür ist nicht allein ein dritter Standort, sondern genügend Kolleginnen und Kollegen entscheidend. Auf Landesebene ist es inzwischen gelungen, dass Treptow-Köpenick dafür ausgewählt wurde, mit mehr Personal das Bürgeramt zu verstärken. Die Umsetzung wird eine der Schwerpunktaufgaben für 2024 sein.

Dass genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine wichtige Stellschraube für eine funktionierende Verwaltung ist, hat die Wohngeldreform gezeigt. Mit bis zu einem Drittel mehr Antragsberechtigten wurde gerechnet – und mehrere tausend Anträge kamen auch beim Bezirksamt Treptow-Köpenick an. Mit einer schnellen Verstärkung des Fachbereichs Wohnen im Amt für Bürgerdienste durch Auszubildende, Nachwuchsbeamte, Neueinstellungen und Versetzungen von Mitarbeitern der zur Bundesagentur für Arbeit gewechselten Familienkasse gelang es, dass berlinweit die Treptow-Köpenicker fast die kürzesten Wartezeiten auf die Bearbeitung hatten. Mit unseren personellen Schwerpunkten beim Bürgeramt, beim Fachbereich Wohnen und beim Standesamt können wir ganz praktisch die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern. Eine Verwaltungsreform benötigen wir trotzdem, aber zunächst muss das Pflichtprogramm in den Bezirken und beim Senat erledigt werden.

Die Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen haben darüber hinaus eine Menge Potenzial, um künftig Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger einfacher und schneller anbieten zu können. So soll die neu eingeführte Kindergrundsicherung von Anfang bis Ende digital bearbeitet werden, sodass Antragsberechtigte weder lange noch auf ein Ping oder Pong warten müssen.

# Gewerbe, Kunst und Kultur in Oberschöneweide

Neues Quartier festigt Entwicklung zu einem der modernsten Gewerbestandorte Berlins

**Am Behrensufer in Oberschöneweide entsteht eines der modernsten Gewerbequartiere der Welt. Am 25. Oktober fand der symbolische Spatenstich für das etwa 20 Hektar große Gewerbequartier am Behrensufer statt. Ein Quartier mit großer historischer Bedeutung wird etwas mehr als 100 Jahre nach der Eröffnung des Peter-Behrens-Baus an der Ostendstraße neu belebt und auf die Zukunft ausgerichtet. Ende des Jahrzehnts sollen hier einmal 10.000 Menschen arbeiten können.**

Manuel Tyx, Sprecher für Stadtentwicklung und Bauen der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick freut sich: „Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft mitten in unserem Bezirk und gleichzeitig wird mit der Uferpromenade der Zugang zum Wasser für die Erholung der Anwohner gesichert."

Um eine bessere Anbindung an den Bahnhof Oberspree zu erreichen, wird dazu derzeit vom Projektentwickler, der „Die AG", eine weitere Brücke über die Spree geplant. Diese Planung soll Anfang des kommenden Jahres abgeschlossen sein.

*Start für die Enwticklung des neuen Gewerbequartiers am Behrensufer.* Foto: Manuel Tyx

Neben der neu angesiedelten Industrie soll das Gelände rund um den für Oberschöneweide so einprägsamen Peter-Behrens-Bau auch ein Ort für Kunst und Kultur werden. Dazu werden 20.000 m² zur Verfügung gestellt.

Neben dem Behrensufer sind mit der HTW und der BaseCamp Group, die die bekannten Rathenau Hallen sanieren, weitere Akteure dazu gekommen, die die Verknüpfung zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft am Standort festigen werden. Schöneweide entwickelt sich damit zu einem der modernsten Gewerbestandorte Berlins. Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. **MT**

„ROTE BANK"

# Kein Platz für Gewalt!

**Häusliche Gewalt ist etwas, das tagtäglich in unserer Gesellschaft begangen wird. Jede dritte Frau hat bereits Gewalt in ihrem Leben erfahren, in den meisten Fällen durch den eigenen Partner. Häusliche Gewalt und Femizide sind Verbrechen – und sie sind Mord. Studien zeigen immer wieder: Soziale und kulturelle Herkunft machen hier keinen Unterschied.**

Betroffene Frauen brauchen uns, das Thema braucht mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Häusliche Gewalt muss aus dem privaten Raum in die Öffentlichkeit gebracht werden, damit mehr Menschen sensibilisiert sind, ermutigt und ertüchtigt werden, zu helfen.

Foto: Adobe Stock/Mikhail – Montage: SPD Berlin

Die „Rote Bank" soll dabei unterstützen und sie soll Aufmerksamkeit erzeugen. Das Projekt geht auf die italienische Initiative „La Panchina Rossa" zurück, mittels derer dort über Gewalt an Frauen sensibilisiert wird. Das Rot der Bank soll als Signalfarbe das Blut der Frauen symbolisieren.

Wir haben in Treptow-Köpenick die Chance, als einer der ersten Bezirke Berlins dieses Symbol zu errichten und mit der „Roten Bank" und dem Schriftzug „Kein Platz für Gewalt gegen Frauen und Mädchen" ein klares Statement zu setzen: Wir schauen nicht weg!

**Josefine Brandt**
Bezirksverordnete

SPD-FRAKTION IN DER BVV

# Politik heißt zuhören

**Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick ist es uns wichtig, mit den Bürger:innen unseres Bezirks im Austausch zu sein. Deswegen sind unsere Verordneten täglich im Bezirk unterwegs, auf Veranstaltungen, Demos und Festen.**

Mit uns ins Gespräch zu kommen ist leicht: Unser Fraktionsbüro ist die gesamte Woche über telefonisch oder per E-Mail zu erreichen. Aber auch über unser Kontaktformular auf unserer Website sind wir für Sie da. Alle E-Mails werden von unserem Team gelesen und an die zuständigen Mitglieder unserer Fraktion weitergeleitet. Natürlich können Sie uns auch jederzeit über unsere Kanäle in den sozialen Netzwerken Nachrichten schreiben!

Zudem sind wir auf vielen Veranstaltungen dabei, wie dem Jahresempfang im Rathaus, dem Köpenicker Sommerfest oder bieten eigene Sprechstunden an.

Sie haben nur wenig Zeit? Dann nehmen Sie eine unserer Postkarten und schreiben Ihr Anliegen auf! Einfach auf der Rückseite die E-Mail-Adresse hinterlassen und wir melden uns bei Ihnen.

**Öffnungszeiten unseres Büros:**
**Mo.–Fr. 9–15 Uhr · 030/902974446**
**buero@spd-fraktion-tk.de**

# Verkehrssicherheit weiter verbessern

SPD-Fraktion in der BVV legt Schwerpunkt auf Schulwegsicherheit

Von Rainer Hölmer und Hilke Meyer
Bezirksverordnete

*Die SPD-Fraktion in der BVV will die Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder – erhöhen.* Foto: Adobe Stock/U. J. Alexander

**„Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht." So lautet § 1 Abs. 1 der StVO. Und der Abs. 2 ergänzt: „Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird."**

Dass die Einhaltung dieser Grundregeln oftmals an der Verkehrspraxis scheitert, erleben wir leider alle täglich. Umso wichtiger ist es, durch geeignete Maßnahmen die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen. Die SPD-Fraktion hat dazu zahlreiche Anträge initiiert und in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eingebracht.

Oftmals reicht es, den Verkehr klarer zu führen, um die Sicherheit zu erhöhen, etwa durch die Installation einer Fahrradampel an der Kreuzung Michael-Brückner-Straße/Sterndamm, die auf Initiative der SPD-Fraktion Antragsgegenstand wurde. Auch der Bau von Radwegen – etwa im Bereich Lindenstraße/Godbersenstraße, auf dem Sterndamm und in der Köpenicker Landstraße – wurde von uns angeregt. Sie erhöhen die Sicherheit nicht nur für die Radfahrenden, sondern machen die Verkehrssituation auch für Autofahrer:innen übersichtlicher. Auch im Bereich Rodelbergweg/Neue Krugallee soll auf unseren Antrag hin die Verkehrssicherheit erhöht werden, etwa durch eine Einbahnstraßenregelung oder den Einbau von Bodenschwellen. Gefährliche Situationen entstehen immer wieder an den Kreuzungen des Mauerweges mit dem Dammweg und der Sonnenallee. Auch hier ließe sich, wie von der SPD-Fraktion angeregt, die Gefahrensituation sowohl für Rad- wie auch für Autofahrer*innen durch vergleichsweise einfache Maßnahmen signifikant erhöhen.

Besonders wichtig ist uns der Schutz der „schwächsten" Verkehrsteilnehmer*innen, der Kinder. Mit entsprechenden Anträgen haben wir die zuständigen Behörden daher aufgefordert, Maßnahmen insbesondere zur Verbesserung der Schulwegsicherheit zu ergreifen – so etwa eine Querungshilfe in der Wendenschloßstraße auf Höhe der Dregerhoffstraße zu installieren, wie es das ‚Netzwerk (Schul-)Wegsicherung Köpenick-Süd' seit Jahren empfiehlt. Weitere Beispiele sind die beantragte Errichtung einer Querungshilfe auf Höhe der Straße Am Schonungsberg, die den Schüler:innen ein sicheres Überqueren der Fürstenwalder Allee ermöglicht oder Maßnahmen gegen unrechtmäßiges Parken im Kurvenbereich Heidermühler Weg/Dornbrunner Straße. Die Fahrzeuge nehmen dort den Schüler:innen der Sonnenblumengrundschule die Sicht beim Queren der Straße. Der Antrag der SPD, den stark frequentierten Schulweg durch den ‚Süßen Grund' in Adlershof durch bauliche Maßnahmen sicherer zu machen, indem widerrechtliches Parken und zu schnelles Fahren unterbunden wird, könnte manche „Elterntaxis" entbehrlich machen.

Das alles mag möglicherweise etwas „kleinteilig" wirken. Aber jede einzelne Maßnahme erhöht die Verkehrssicherheit in unserem Bezirk – und das gilt nicht nur zu Land, sondern auch zu Wasser.

Unser Bezirk zeichnet sich aus durch den großen Anteil an Wasser. Deshalb ist es uns ein Anliegen, auch die Sicherheit des Verkehrs auf dem Wasser zu erhöhen. Die Wasserschutzpolizei stellt gestiegene Fallzahlen bei Geschwindigkeitsverstößen, Lärmbelästigung und Alkohol am Steuer fest. Fehlende Kenntnisse der Verkehrsregeln auf dem Wasser und fehlende Rücksichtnahme auf andere Verkehrsteilnehmer sind oft der Ausgangspunkt der Verstöße. Wir waren bei der Demonstration am 24.09.2023 „Mach ma' keine Welle" dabei und unterstützen ihre Forderungen, z.B. nach einer Führerscheinpflicht ab 5 PS. Die Spree ist eine Bundeswasserstraße, weshalb der Bund für die Regelung auf dem Wasser zuständig ist.

# Umleitungen, Ersatzverkehre, Baustellen ...

Investitionen in die Infrastruktur Berlins führen zu Belastungen – es muss besser koordiniert werden

**Umleitungs- und Ersatzverkehrsschilder gehören zum Berliner Alltag. Unser Bezirk ist nicht allein durch die Baustellen am Regionalbahnhof Köpenick oder am Bahnhof Schöneweide geprägt – dazu aber gleich. Ob Wasserbetriebe, BVG, S-Bahn, Stromnetz oder Wärmeversorger: Leider freut sich kaum jemand darüber, dass in die Erneuerung und den Ausbau der Infrastruktur Milliarden Euro investiert werden.**

Wenn es unterirdisch wird, wird es überirdisch schwer. Vielen kommen die zahlreichen Baustellen unkoordiniert vor – wird an einer Stelle aufgerissen und wieder zugeschippt, wird am gleichen Ort gefühlt wenige Monate später wieder gewerkelt. Als Bezirksbürgermeister bekomme ich nahezu täglich Beschwerden auf den Tisch. Und ja: Es zählt wirklich nicht, dass hier an der Sicherung unserer Wasserversorgung, der Entwässerung, des Strom- und Wärmenetzes, der Glasfaserversorgung oder dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gearbeitet wird. Zunächst steht die Belastung im Vordergrund – und dass diese minimiert werden muss.

Jeder weiß, dass „Wasch mich, aber mach mich nicht nass" nicht funktioniert und wir mit Einschränkungen durch Bauarbeiten rechnen müssen. Aber wir brauchen die Sicherheit, dass die verschiedenen Beteiligten sich abstimmen, gemeinsam planen und Wege finden, dass Einschränkungen so gering wie möglich gehalten werden.

Wenn dann auf den Baustellen kaum Bauarbeiter zu sehen sind, steigt der Frust noch mehr. Um die Firmen dazu zu zwingen, ihre Kraft wirklich auf die einzelnen Baustellen zu bündeln, muss das Berliner Vergaberecht so verändert werden, dass auch zeitliche Vorgaben zur Erbringung der Bauleistungen gemacht werden dürfen. Vor einigen Jahren hatte die Senatsverkehrsverwaltung Prämien für schnelles Bauen bei wichtigen Vorhaben eingeführt. Allerdings müsste das keine „Prämie" sein, sondern Standard. Der wäre nur erreichbar, wenn Vorgaben gemacht werden dürften, bis wann eine Baumaßnahme abgeschlossen sein soll. Der volkswirtschaftliche Schaden durch Sperrungen, Umleitungen, Staus und längere Wege wird vielfach höher sein als die Einsparung von Kosten bei der Vergabe von Bauleistungen an Firmen, die sich auf jede Baustelle bewerben, aber nicht überall arbeiten. Das bedeutet aber: Das Tempo bei der Zahl der Investitionsvorhaben wird nicht zu halten sein. Einzelne Bauvorhaben könnten schneller gehen, aber nicht jedes kann schnell begonnen werden.

Eine Art Baustellenkoordinierung gibt es. Da in Berlin ein „Aufgrabeverbot" für Straßen herrscht, sind die großen Versorger gezwungen, sich abzustimmen: Eine Straße darf nach einer Baustelle fünf Jahre lang nicht erneut aufgegraben werden. Deshalb müssen sich Wasserbetriebe, Wärmeunternehmen und andere für einen Fünf-Jahres-Zeitraum absprechen, wer wo was plant und wo etwas gemeinsam gebaut werden kann. Für Gehwege gilt es nicht. Leider will sich nicht jedes Unternehmen bei seinen Planungen in die Karten schauen lassen. Alle großen Unternehmen, die im öffentlichen Straßenland arbeiten, müssen dazu bewegt werden, sich künftig langfristig abzusprechen und Synergien durch gemeinsame Baustellen zu nutzen. Erste Gespräche dazu habe ich als Bezirksbürgermeister bereits auf Senatsebene geführt. Dazu gehört, dass auch die jeweiligen verkehrlichen Auswirkungen beachtet werden müssen. Es grenzt schon an ein Wunder, dass nicht tatsächlich durch große Bauvorhaben ganze Ortsteile in der Sackgasse gelandet sind. Das Gefühl ist aber bei vielen da.

*Am Bahnhof Köpenick wird ein Regionalbahnhof gebaut – die Verkehrseinschränkungen während des Baus sind erheblich.* Foto: Oliver Igel

Und es gibt ja noch weitere ambitionierte Ziele: Bis 2028 sollen alle Berliner Haushalte mit Glasfaser angeschlossen sein. Die Vorbereitungen laufen dazu intensiv, die Firmen sind bereit, die Gehwege schon fast auf gebuddelt. Unsere Stadt hat etwa 2,4 Millionen Haushalte – flächendeckend soll Glasfaser in jedes Haus, in jede Wohnung geführt werden. Das kann nur funktionieren, wenn es ein einfaches Antragsverfahren gibt und wenn Baustellen für die Bevölkerung frühzeitig transparent gemacht werden. Neben dem Ziel, dass auch am Rande liegende Gebiete angeschlossen werden, setze ich mich für eine schnelle Abwicklung der Antragsverfahren im berlinweiten Lenkungsgremium zur Gigabitstrategie ein.

Wenn wir Glück haben, dann wird die Verlegung von Glasfaser nahezu minimalinvasiv ablaufen. Das funktioniert leider nicht bei den großen Bauvorhaben der Bahn. Wir sind alle geplagt von den Bauarbeiten am Bahnhof Schöneweide und neuerdings von denen des künftigen Regionalbahnhofs Köpenick. Beim Bahnhof Köpenick bestand zwischenzeitlich der Eindruck, als würde ohne Rücksicht auf die Bürger ein Bauvorhaben in die Umsetzung gebracht, ohne die Belange der Verkehrsteilnehmer in der Umgebung zu berücksichtigen. Als Bezirksbürgermeister musste ich zusammen mit der Baustadträtin alle Beteiligten zu regelmäßigen Runden einladen, um Probleme zu besprechen – es hätte sonst niemand gemacht. Immerhin können so auch kleine Fragen in großer Runde beraten werden. Besser wäre es, wenn sie in langfristigen Plänen schon mitgedacht wären.

**Oliver Igel**
Bezirksbürgermeister

# Treptow-Köpenicker Schulbau-Offensive

## Pilotprojekt bei Baumaßnahme für neue Grundschule in Köpenick Süd

**Von Steffen Sambill**
Vorsitzender des Ausschusses für Schule in der BVV Treptow-Köpenick

*Das Foto zeigt das Bestandsgebäude der Schule in der Grünen Trift 23 D (09Gn05), die im Rahmen der anstehenden Baumaßnahme renoviert und somit reaktiviert werden soll.* Foto: S. Sambill

**Im Bezirk Treptow-Köpenick werden dringend weitere Schulplätze an Grund- und Sekundarschulen sowie an Gymnasien benötigt – sowohl durch die Sanierung und Erweiterung von bestehenden Schulen als auch durch den Neubau von Schulgebäuden.**

Die SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick begleitet den Prozess der Schulentwicklungsplanung 2022-2026 für Treptow-Köpenick intensiv und fordert einen schnelleren Aus- und Neubau von Schulen und somit die Schaffung von neuen Schulplätzen.

Bei der geplanten Reaktivierung des Schulstandortes und Gesamtsanierung des Bestandsgebäudes in der Grüne Trift 23 D in der Bezirksregion „Köpenick Süd" – im Kietzerfeld / Nachtheide und Wendenschloß –, wo aufgrund der vom Schul- und Sportamt verschobenen Renovierung und Erweiterung der Wendenschloß-Schule dringend Schulplätze benötigt werden, konnte durch die Serviceeinheit Facility Management unter Leitung des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel (SPD) nun gemeinsam mit dem Schulamt ein wichtiger Erfolg für den Zeitplan errungen werden.

Im Rahmen der sogenannten „Berliner Schulbauoffensive" (BSO) werden normalerweise sämtliche schulfachliche Prüfungen der Vorplanungsunterlagen (VPU) und Bauplanungsunterlagen (BPU) von der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) übernommen. Aufgrund der langen Prüffristen bei den eigentlich fachlich zuständigen Senatsverwaltungen konnte jetzt eine einzelfallbezogene Abweichung vom Regelverfahren erreicht werden, so dass in einem Pilotprojekt erstmalig diese Aufgaben einem Bezirk, und zwar dem Bezirksamt Treptow-Köpenick übertragen werden, wodurch eine erhebliche Zeitersparnis für die Maßnahme gewonnen wird.

Sollte sich dieses Verfahren bewähren, kann es richtungsweisend für viele so dringend benötigte Schulbaumaßnahmen im Land Berlin sein und somit zu einer deutlichen Zeitersparnis führen.

Treptow-Köpenick ist wieder einmal Vorreiter und im wahrsten Sinne des Wortes ein Pionier.

Wir hoffen somit auf eine schnelle Entlastung für die angespannte Situation in der Bezirksregion „Köpenick Süd" sowie damit die vom Schul- und Sportamt geplante Auslagerung der Wendenschloß-Schule zu vermeiden.

## ALLE VERKEHRSWEGE NUTZEN – AUCH DAS WASSER

**Ein zentrales Thema der Landespolitik ist die Lösung des Verkehrsproblems. Gerade für den Wachstumsbezirk Treptow-Köpenick sind Lösungen aber nicht in Sicht. Umso dringender ist es, jede mögliche Infrastruktur zu nutzen und dabei auch unsere zahlreichen Wasserwege miteinzubeziehen.**

Schon im März 2021 hatte die Bezirksverordnetenversammlung dazu aufgefordert, von der Fähre Grünau/Wendenschloss nach Mitte einen emissionsfreien Linienverkehr einzurichten. Das Anliegen wurde von Senatsverkehrsverwaltung und BVG jedoch nicht geteilt.

Neue emissionsfreie Schiffskonstruktionen und vorurteilsfreie Überlegungen auf Landesebene sollten jetzt zu neuen Entscheidungen führen. Einige Berliner Zeitungen haben hierzu bereits wegweisende Beiträge geliefert. Die Morgenpost berichtete über ein elektrisches Tragflächenboot aus Schweden, das in Berlin vorgestellt wurde. Die Berliner Zeitung ging mit der schwer zu vermittelnden Bevorzugung der Diesel betriebenen Ausflugsschiffe ins Gericht. Das öffentliche Interesse ist also da.

**Edwin Hoffmann**
Bezirksverordneter

**Wenn Sie unser Anliegen unterstützen, schreiben Sie mir: Edwin.Hoffmann@ba-tk.berlin.de**

# Zelluloid in Wilhelmshagen

## Das Gelände des Filmarchivs steht vor Veränderungen

*Dunja Wolff (MdA) und Bezirksbürgermeister Oliver Igel besuchten das Filmarchv.* Foto: Büro Dunja Wolff

**Ein Hauch Filmgeschichte weht über das Gelände des Bundes-Filmarchives in Wilhelmshagen. Auf 80.000 Quadratmetern wurden seit 1957 Filme gesichert und bearbeitet. Bis zu 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren hier tätig. Die Abgeordnete Dunja Wolff und Bezirksbürgermeister Oliver Igel besuchten zusammen mit Archivmitarbeitern und Verwaltern des Bundes das Gelände und informierten sich über die künftige Entwicklung. Bunkeranlagen für Filmmaterial, Löschteiche, leergezogene Gebäude und der ehemalige Kinosaal sind heute nicht mehr in Nutzung.**

Damalige Filmmaterialen basierten auf Nitrozellulosebasis und stellten lange eine große Feuergefahr dar. Nitrofilme wurden in Räumen mit nicht mehr als 15 Prozent Sauerstoffgehalt bearbeitet. Die Arbeitsbedingungen wurden im Laufe der Jahre verbessert, Gefahren eingedämmt. Über eine Million Filmrollen, Akten, Plakate oder Fotos sind mittlerweile an den neuen Standort in Hoppegarten ausgelagert worden.

In den nächsten Jahren wird untersucht, wie kontaminiert das Gelände ist. Eine Bebauung ist zunächst auszuschließen. Eine Kampfmittelbergung wird vorbereitet. Unmittelbar nach dem Besuch war eine ehemalige Mitarbeiterin anzutreffen, die viel zu berichten hatte.

„Ich bleibe mit dem Eigentümer der Fläche in Kontakt. Eine gemeinsame öffentliche Führung über das Gelände wird überlegt. Im Mittelpunkt muss aber die Sicherheit stehen. Ich hoffe, das rasch geklärt werden kann, wie Gefahren beseitigt werden können und welcher Aufwand dafür notwendig ist," sagte die Abgeordnete Dunja Wolff. Wie das Gelände künftig genutzt werden kann, bleibt bis zum Abschluss der Altlastenuntersuchung offen. „Die teils zwei Stockwerke in die Tiefe gebauten Bunker sind starke Eingriffe in die Natur. Ein großer Teil des Ortes ist dennoch waldreich und damit naturnah. Eine künftige Nutzung sollte daher ebenfalls naturnah erfolgen", sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Auf der anderen Straßenseite gegenüber dem Filmarchiv entsteht ein großes neues Wohngebiet. „Es wäre ein Gewinn für die Bewohnerinnen und Bewohner Wilhelmshagens, wenn das Gelände künftig für die Naherholung zugänglich wäre. Bis dahin wird aber noch einige Zeit vergehen", sagte Bezirksbürgermeister Igel. **DW/OI**

## DAS HEIZUNGSGESETZ – UND WAS ES BEDEUTET

**Die Versorgung mit Wärme soll klimaneutral werden. Deshalb haben wir im Bundestag das Gebäudeenergiegesetz (GEG) geändert. Was bedeutet das für Sie? Darüber möchte ich Sie als Ihre Bundestagsabgeordnete für Treptow-Köpenick informieren.**

### WAS REGELT DAS GESETZ?

Das Gebäudeenergiegesetz – auch Heizungsgesetz genannt – gibt vor, dass künftig nur noch Heizungen neu eingebaut werden dürfen, die zu mindestens 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden können. Das muss keine Wärmepumpe sein. Möglich sollen u. a. Solarthermie oder Biomasse wie Holz oder Pellets sein.

Das Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft. Die neuen Vorgaben gelten allerdings zunächst nur für Neubaugebiete. Für Bestandsbauten richtet sich der Zeitpunkt für den Einbau neuer Heizungen nach der kommunalen Wärmeplanung. Berlin muss die Wärmeplanung bis 2026 vorlegen, bis dahin ändert sich für Heizungsbesitzer*innen erstmal nichts.

### MÜSSEN FUNKTIONIERENDE ÖL- ODER GASHEIZUNGEN AUSGETAUSCHT WERDEN?

Nein. Niemand muss also seine funktionierende Heizung ausbauen und Reparaturen bleiben erlaubt. Es gab jedoch bereits eine Vorgabe im GEG, dass unter bestimmten Voraussetzungen Öl- und Gasheizungen, die älter als 30 Jahre sind, ausgetauscht werden müssen. Das bleibt so.

### WELCHE FÖRDERUNGEN GIBT ES ?

Mit einer „Sockelförderung" von 30 Prozent sollen alle Heizungsbesitzer*innen gefördert werden. Hinzu kommt eine „Sozialkomponente" von 30 Prozent zusätzlicher Förderung. Damit unterstützen wir Eigentümer:innen mit einem zu versteuernden Haushaltseinkommen von bis zu 40.000 Euro im Jahr. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen dürfen durch Klimaschutzmaßnahmen nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

### WAS GILT FÜR MIETER*INNEN?

Über eine neue Modernisierungsumlage sollen Vermieter*innen die Investitionskosten für den Heizungstausch in Höhe von zehn Prozent auf den Mieter umlegen können. Das geht nur unter der Bedingung, dass eine Förderung vom Vermieter auch wirklich in Anspruch genommen und die Fördersumme von den umlegbaren Kosten abgezogen wird. Die maximal mögliche Mieterhöhung pro Quadratmeter darf in keinem Fall 50 Cent übersteigen. Wird der Heizungstausch mit weiteren Modernisierungsmaßnahmen kombiniert, greift die Gesamtkappungsgrenze von drei Euro (in Ausnahmefällen von zwei Euro) pro Quadratmeter.

**Ana-Maria Trăsnea**
Mitglied des Deutschen Bundestages